

SP + 114
+ 114
5/1
AN

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der Landtagsabgeordneten KR Friedrich Strobl, Mag. Nicole Berger-Krotsch, Christian Deutsch, Franz Ekkamp, Mag. Thomas Reindl, DI Rudolf Schicker, Dr. Kurt Stürzenbecher, und Nurten Yillmaz sowie Dr. Monika Vana und DI Martin Margulies (Grüne) zu Post 2 betreffend **Budgetkonsolidierung** eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 27.1.2012.

Die Staatsschuldenquoten sind in vielen Staaten der Welt in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Und zwar nicht wegen plötzlich unfinanzierbarer Sozialstaaten oder einer sprunghaften Ineffizienz der Verwaltung, sondern als direkte Folge der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Strategie der EU „sparen, sparen, sparen“ ist allerdings ein äußerst risikoreicher Weg, weil er zu einer Kürzung von Einkommen und damit Nachfrage und Beschäftigung und somit noch tiefer in eine Wirtschaftskrise führt. Die Arbeitslosenraten sind deswegen beispielsweise in Griechenland und Spanien bereits über 20 Prozent angestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit erreicht dort sogar schon 50 Prozent mit noch unabsehbaren sozialen und politischen Folgen!

Die Staatsschuldenkrise sollte daher besser dadurch bewältigt werden, indem Beschäftigung gesichert wird, womit auch Steuereinnahmen fließen. Indem viele der bestehenden Steuerprivilegien (nicht nur für Vermögen) abgeschafft und Steuergerechtigkeit hergestellt wird. Und auch indem der Banken- und Finanzsektor so reguliert wird, dass gewissenlose Spekulation, die Existenzen und ganze Volkswirtschaften ruinieren kann, nicht mehr möglich sind.

Österreichs Wirtschaftswachstum lag zuletzt (2011) über dem des Euro-Raumes. Die Arbeitslosigkeit war in Österreich dagegen geringer. Die Staatsschuldenquote lag 2011 mit 72 Prozent unter jener der Euro-Zone (88 Prozent). Das Budgetdefizit war geringer als jenes der Euro-Zone, sowohl die Staatsausgaben- wie auch die Staatseinnahmenquote ist in Österreich den letzten 20 Jahren zurück gegangen. Und die Zinssätze für Staatsanleihen sind so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

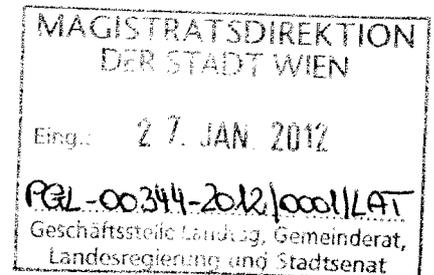
Es besteht daher kein Grund zu Panik. Es ist notwendig, Budgetdefizit und Staatsschulden abzubauen. Dabei dürfen aber nicht Investitionen, soziale Dienstleistungen und damit auch Einkommen, Nachfrage, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum kaputt gespart werden.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag appelliert an die österreichische Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber, den Abbau von Budgetdefizit und Staatsschulden des Bundes in einer Art und Weise vorzunehmen, die sicherstellt, dass nicht bei Investitionen und sozialen Dienstleistungen gekürzt wird und durch eine Reduktion von Einkommen Nachfrage, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Österreich kaputt gespart werden.



Zugleich soll die aktuelle Debatte um die Budgetkonsolidierung genutzt werden, um bestehende Steuerprivilegien und Österreich abzubauen bzw. mehr Steuergerechtigkeit herzustellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.1.2012

Kristina Gerasimovic

John Dubs

Martin

John

→ John

Vera

Simon Gilman

Edmund

Lucie Berger-Kinder

Neil